

Der Sächsische Erzähler

Tageblatt für Bischofswerda

Einziges Tagesblatt im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten

Der Sächsische Erzähler ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Arbeitsgerichts und des Hauptpostamts zu Bischofswerda, des Amtsgerichts, des Finanzamts, der Schulinspektion und des Stadtrats zu Bischofswerda bestellte Blatt



Neukirch und Umgegend

Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dicht verbreitet in allen Volksschichten.

Beilagen: Illustriertes Sonntagsblatt / Heimatkundliche Beilage / Frau und Heim / Landwirtschaftliche Beilage. — Druck und Verlag von Friedrich May, G. m. b. H. in Bischofswerda. — Postfachkonto Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindeverbandsgirokasse Bischofswerda Konto Nr. 64

Veröffentlichungsweise: Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: Frei ins Haus halbmöndlich 1.10, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 45 Pf. Einzelnummer 10 Pf. (Sonntagsnummer 15 Pf.)

Verleger: Friedrich May, G. m. b. H., Bischofswerda Nr. 444 und 445. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreise (in Reichsmark): Die 44 mm breite einseitige Millimeterzelle 10 Pf., örtliche Anzeigen 8 Pf. Im Zertitel die 90 mm breite Millimeterzelle 30 Pf. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Plätzen keine Gewähr. — Erfüllungsort: Bischofswerda.

Nr. 102

Montag, den 2. Mai 1932.

87. Jahrgang

Tageschau.

• Eine belgisch-französische Finanzgruppe beschäftigt sich mit dem Plan, die Staatsbahnen der Tschechoslowakei, Polens, Lettlands, Estlands, Litauens, Ungarns, Südschwedens, Rumaniens, Bulgariens und Österreichs in der Hand einer internationalen Gesellschaft zusammenzufassen.

• Die Reichsbahn veröffentlicht die Höchstziffern für den Monat März, nach welchem die Ausgaben um 86 Millionen Mark höher als die Einnahmen sind. Seit Beginn des Geschäftsjahres sind rund 222 Millionen Reichsmark durch die Betriebsmaßnahmen nicht gedeckt.

• Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist heute früh zu seiner vierten Südamerikafahrt aufgebrochen. An Bord befinden sich zehn Passagiere, darunter ein Kind.

• Die Stadt Essen sieht sich infolge der Verschlechterung der städtischen Kassen genötigt, die gesamte Arbeitsfürsorge bis auf weiteres einzustellen.

• Von den französischen Kammerwahlen lag am 6 Uhr früh das Ergebnis aus 607 Wahlbezirken vor. 250 Abgeordnete sind im ersten Wahlgang gewählt, in 357 Bezirken ist Stichwahl erforderlich.

*) Ausführliches an anderer Stelle.

Arbeitsbeschaffung durch Anleihe. Neue Pläne des Reichskabinetts.

Sowohl die Luft mit starken Krisenpannungen beladen ist, glaubt das Reichskabinett, vorläufig noch über diese Dinge zu seiner Tagesordnung übergehen zu können, d. h. den Haushalt zu verabschieden und einige innenpolitische Maßnahmen zu treffen, die gleichzeitig die Finanzen entlasten und die Arbeitslosigkeit eindämmen sollen. Allerdings wird man gut tun, auch in diesem Fall die Anklindungen der Linkspresse mit einiger Skepsis aufzunehmen. Denn wieviel Pläne der Arbeitsbeschaffung sind in den letzten Monaten schon erdriert und wieder verworfen worden. Der Reichskanzler hatte ursprünglich auch einmal die Absicht, unmittelbar nach der Reichspräsidentenwahl auf dem sogenannten Rifenkongress der freien Gewerkschaften ein solches Arbeitsbeschaffungsprogramm zu verkünden, von dem vor dem Wahlgang berichtet worden war, daß es 600 000 Arbeitern Lohn und Brot geben würde. Nachher stellte sich heraus, daß nicht einmal im Reichskabinett über die Grundzüge dieses Programms und namentlich über die Finanzierungsfrage Einigkeit erzielt werden konnte. So sagte Brüning die angekündigte Rede auf dem freigezeichneten Kongress ab und ließ durch Herrn Siegelwald einige unverbindliche Ausführungen mehr theoretischer Art machen.

Deshalb ist Zurückhaltung geboten, auch wenn jetzt in der Presse der Ansicht erweckt wird, als stehe eine großzügige Maßnahme der Reichsregierung bevor. Der Kernpunkt des jetzigen Regierungsprogramms ist die Notwendigkeit, zu einer Entlastung der öffentlichen Finanzen zu gelangen. Abgesehen davon, daß die Fehlbeträge in den Haushalten der Gemeinden sich immer noch auf mehrere hundert Millionen Mark in diesem Jahre belaufen, sieht es auch in der Arbeitslosenfürsorge böse aus. Die Absicht scheint nun dahin zu gehen, einmal gewisse Reformen in der Organisation der Arbeitslosenfürsorge durchzuführen, die bekanntlich gegenwärtig wegen ihrer Dreiteilung in Arbeitslosenfürsorge, Arbeitsbeschaffung und gemeindliche Wohlfahrtspflege organisatorisch viel zu teuer arbeitet. In welcher Richtung sich diese Reform bewegen wird, ist noch nicht klar zu übersehen. Nach den bisherigen Erfahrungen steht aber leider zu befürchten, daß wiederum keine ganzen Maßnahmen getroffen werden, sondern daß das Reichskabinett sich mit dem durch die Ereignisse längst widerlegten System der Hilfsreform begnügt. Nebenbei soll nur bemerkt werden, daß auch die Invalidenversicherung aus rein finanziellen Gründen einer durchgreifenden Umorganisation bedarf.

Der Weg, den die Regierung einschlagen gedenkt, scheint auf eine Ausgestaltung der Siedlungspraxis und des freiwilligen Arbeitsdienstes hinauszuweisen. Auch hier besteht die Befürchtung, daß die Reichsregierung nicht zu wirklich durchgreifenden Maßnahmen gelangt, da bekanntlich die freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratie sich bislang allen vernünftigen Erwägungen auf diesem Gebiet verweigert haben. Selbstverständlich sind die Siedlung und der Arbeitsdienst diejenigen Maßnahmen, die auf die Dauer allein zu dem Ziele der Überwindung der Arbeitslosigkeit führen können. Wenn aber wieder nur Halbmahnen beschlossen werden, dann wird ein an sich zukunftsreicher Gedanke durch die mangelhafte Ausführung unnötig in Mißkredit gebracht.

Die Finanzierung des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Reichsregierung soll anscheinend durch eine Prämienanleihe geschehen. Man denkt dabei offenbar an einen Anleihebetrag ähnlich dem der steuerfreien Reichsbahnanleihe vom vorigen Jahr. An die Auslegung einer Staatsanleihe ist wohl schon aus dem Grunde nicht gedacht worden, weil der ausländische Kapitalmarkt auf absehbare Zeit nicht daran denkt, etwa vorhandene Gelder in Deutschland festzulegen. Die offiziellen Stellen geben sich der Hoffnung hin, daß eine solche Prämienanleihe bei sehr niedrigem Zinsfuß und weitgehender Steuerbefreiung einen starken Anreiz auf ausländische Kapitalbesitzer ausüben wird. Man muß abwarten, in welchem Umfang sich diese Hoffnung erfüllt. Wenn die Anleihe überhaupt einen Sinn haben soll, dann muß sie einen Ertrag von mehreren hundert Millionen Mark ergeben. Alle diese Pläne der Arbeitsbeschaffung sollen vom Reichskabinett in der nächsten Woche behandelt und beschlossen werden.

Sofort Land für Siedlung.

Berlin, 2. Mai. Wie wir erfahren, hat im Reichsarbeitsministerium mit Vertretern der Siedlungspraxis eine Besprechung darüber stattgefunden, wie es möglich sei, die Siedlung weiter zu verbilligen. Die Besprechungen bezogen sich besonders auf das Siedlungsland, das jetzt aus der Osthilfe abfallen wird. Es bestand einmütige Auffassung darüber, daß

man versuchen müsse, noch einfacher und sparsamer als bisher zu siedeln. Die Vertreter der Siedlungspraxis gaben auch der Auffassung Ausdruck, daß alles Land im Osthilfegebiet, das nicht mehr erschuldet werden kann, nunmehr mit größter Beschleunigung der Siedlung zuzuführen ist.

Essen stellt die Arbeitsfürsorge ein.

Essen, 1. Mai. Der Oberbürgermeister der Stadt Essen hat nachstehende Verfügung erlassen: Die weitere außerordentliche Verschlechterung der städtischen Kassenlage läßt keine Möglichkeit mehr, die Kosten der Arbeitsfürsorge aufzubringen. Die gesamte Arbeitsfürsorge (Wohlfahrtsbüroarbeiter, Wohlfahrtsarbeiter, Pflichtarbeiter, jugendliche Pflichtarbeiter) wird bis auf weiteres mit dem 30. April nach Arbeitschluß eingestellt.

Ein Handreich Polens auf Danzig?

London, 2. Mai. „Daily Express“ veröffentlicht in sensationeller Aufmachung einen Bericht seines Sonderkorrespondenten in Danzig, in dem es u. a. heißt, Polen habe seine Pläne für Besitzergreifung des Freistaats Danzig fertiggestellt. Nur ein in letzter Stunde unternommener Schritt Frankreichs habe verhindert, daß die polnische Flagge gestern Abend über Danzig wehte.

Die Kammerwahlen in Frankreich.

Paris, 1. Mai. Die Kammerwahlen in Frankreich gingen in voller Ruhe und Ordnung vor sich. Das Pariser Straßenbild wich trotz des Zusammenfallens der Wahl mit dem 1. Mai fast nicht von dem üblichen Sonntagsbild ab. Die Kommunisten bedienen sich bei der Propaganda des Bildes des deutschen Reichspräsidenten, um die Politik der Sozialisten zu brandmarken, die 1925 gegen ihn u. 1932 für ihn getrimmt hätten. Die Schuljugend vergnügt sich damit, vor den Plakaten ihren ganzen Schatz an Schimpfwörtern gegen Deutschland und den Reichspräsidenten vom Stapel zu lassen. Soweit sich bis jetzt beurteilen läßt, scheint die Wahlbeteiligung mindestens 80 v. H. zu betragen.

Das bisherige Ergebnis.

Paris, 2. Mai. 6 Uhr früh lag das Ergebnis aus 607 Wahlbezirken vor. Vier Wahlergebnisse stehen noch aus. Für 357 Wahlbezirke ist ein zweiter Wahlgang erforderlich. Die im ersten Wahlgang endgültig gewählten 250 Abgeordneten verteilen sich laut Haas-Statistik wie folgt:

Rechtstehende	3	Gewinn 0	Verlust 1
Marin-Magniot Part.	72	Gewinn 6	Verlust 8
Linkerepublikaner	33	Gewinn 2	Verlust 10
Rechtstehende Radikale	23	Gewinn 4	Verlust 1
Radikale (Herriot)	60	Gewinn 4	Verlust 0
Sozialrepublikaner	17	Gewinn 2	Verlust 1
Sozialisten	40	Gewinn 3	Verlust 2
Kommunisten	2	Gewinn 1	Verlust 1

Von bekannteren Abgeordneten sind wiedergewählt worden Francois Biétri, der Minister für nationale Verteidigung, der Sozialist Vincent Auriol. Der bekannte Deutschemfreund Franklin-Bouillon muß sein Mandat im zweiten Wahlgang verteidigen.

Zum Verständnis der Statistik über das Ergebnis der Kammerwahlen seien folgende Parteienbenennungen von rechts nach links angegeben:

1. Unter der Bezeichnung Rechtstehende sind zu verstehen: Die Reaktionen, die Royalisten und die Bonapartisten.
2. Alsdann folgt zusammengenommen die Partei Marin und die Partei Magniot, zu welcher Gruppe auch die katholischen Demokraten hinzugezählt werden.
3. Unter der Bezeichnung Linkerepublikaner ist die Fraktion Lardieu zu verstehen.
4. Unter der Bezeichnung rechtstehende Radikale sind vereinigt: die radikale Linke (ehem. Fraktion Loucheur), Gruppe Franklin-Bouillon und die Gruppe der unabhängigen Linken.
5. Die Radikale (Herriot).
6. Sozialrepublikaner, zu denen auch die rechtstehenden Sozialisten gerechnet werden (Chabrun).
7. Die Sozialisten.
8. Die Kommunisten.

Französische Pressestimmen zum Wahlergebnis.

Paris, 2. Mai. „Matin“ glaubt nach dem allgemeinen Eindruck der bisher bekanntgewordenen Wahlergebnisse ein ziemlich ausgeprochenes Abgleiten nach links feststellen zu

können. Die Stichwahlen dürften für die Linksparteien noch viele Gewinne bringen.

Quotidien (radikal) ist davon überzeugt, daß der zweite Wahlgang einen vollen Sieg der Linksparteien bringen werde.

Deuvre (radikal) will zwei Tatsachen feststellen, erstens den beträchtlichen Stimmenverlust, den die Rechte erlitten habe, und zweitens die starke Anzahl von Wahlbezirken, in denen ein zweiter Wahlgang erforderlich sein wird. Das Blatt meint, daß die Radikalen, wenn sie Disziplin zu wahren wüßten, am kommenden Sonntag einen eklatanten Erfolg würden feiern können.

Der sozialistische Populaire stellt fest, daß die Sozialisten bereits im ersten Wahlgang eine viel größere Anzahl von Kandidaten durchgebracht haben als im Jahre 1928. Man könne schon jetzt behaupten, daß die sozialistische Fraktion in der neuen Kammer stärker vertreten sein werde als in der alten.

Figaro dagegen will den Eindruck gewonnen haben, daß die Sozialisten und die Kommunisten stark verloren hätten, hält es aber für notwendig, daß die Rechtsparteien sich gewaltig zusammennehmen, wenn sie wollen, daß die nationale Einigung am kommenden Sonntag nicht in Gefahr gerate.

Victoire meint feststellen zu können, daß im Kampf die Regionalisten einen eklatanten Erfolg davongetragen hätten. — Hingegen glaubt Deuvre einen Rückgang der autonomistischen Stimmen buchen zu können.

Frankreich will das osteuropäische Eisenbahnen beherrschen.

Wien, 30. April. Gerüchtweise verlautet, daß eine belgische Finanzgruppe sich mit dem Plan beschäftigt, die Staatsbahnen der Tschechoslowakei, Polens, Lettlands, Estlands, Litauens, Ungarns, Südschwedens, Rumaniens, Bulgariens und Österreichs in der Hand einer internationalen Gesellschaft zusammenzufassen. In einem Leitartikel der „Wiener Neuesten Nachrichten“ nimmt der frühere Unterstaatssekretär des österreichischen Eisenbahnministeriums und gewesene Vizepräsident des Verwaltungsausschusses der österreichischen Bundesbahnen, Ingenieur Bruno Endres, zu diesem Gerücht Stellung.

Er bezeichnet diese angeblich belgische Finanzgruppe als eine französische, die internationale Verwaltung, die geplant sei, als eine französisch-nationale.

Er weist darauf hin, daß sich die Bundesregierung auf den Rat des Völkerbundes im Herbst 1931 verpflichtet habe, den Bundesbahnen keine Zuschüsse mehr zu geben. Er halte diese Verpflichtung im Augenblick für unerfüllbar, weil der Fehlbetrag der Bundesbahnen für die nächsten Jahre schätzungsweise etwa 150 Millionen Schilling jährlich betragen werde. Endres wirft nun die Frage auf, ob diese Forderung nicht überhaupt darum gestellt worden sei, um den Boden vorzubereiten, auf dem man eine internationale Verwaltung der österreichischen Bundesbahnen aufbauen